

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 5. März 2020 / Jeudi matin, 5 mars 2020

Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports

**36 2019.RRGR.337 Motion 266-2019 EVP (Kipfer, Münsingen)
Neuverpflichtung der Mittel aus dem Investitionsspitzenfonds**

**36 2019.RRGR.337 Motion 266-2019 PEV (Kipfer, Münsingen)
Nouvel engagement des ressources du Fonds de couverture des pics d'investissement**

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zur Motion EVP, Kipfer: «Neuverpflichtung der Mittel aus dem Investitionsspitzenfonds 2020». Wir befinden uns in einer freien Debatte. Die Regierung beantragt Ablehnung. Das Wort geht an Grossrat Hans Kipfer.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Wir haben in den letzten Minuten verschiedene Kreditvorlagen debattiert und beschlossen. Mit der vorliegenden Motion kommen wir zu den Finanzierungsfragen von Bauvorhaben. Ich habe mich gefragt, weshalb unsere EVP-Motion in der Baudirektion und nicht in der FIN diskutiert wird. Es geht doch um Finanzierungsfragen. Die Vermutung ist, dass der Prozess der Priorisierung und der Etappierung im aktuellen Dialog der Baudirektion und der BaK zugewiesen wurde. Aber egal. Diskutieren wir sie jetzt hier, obwohl eine Anwesenheit der Finanzdirektorin wünschenswert gewesen wäre. Worum geht es? – Seit dem Vorliegen der Regierungsrichtlinien mit dem Ideenkatalog an Vorhaben – ohne Preisschild –, hat sich die EVP Gedanken zur Finanzierung der verschiedenen Anliegen gemacht. Anstelle des von der Regierung angestrebten Fonds, haben wir früh Varianten in die Diskussion eingebracht. Zwei der Vorschläge liegen nun als Motionen vor: einmal hier, ein anderes Mal kommen wir bei der FIN noch dazu. Mit der vorliegenden Motion will die EVP einen Denkipuls liefern. Es geht um den früheren Investitionsspitzenfonds. Ich beantrage punktweise Abstimmung, weil ich Punkt 1 als Motion stehen lasse und Punkt 2 in ein Postulat wandeln werde.

Zu Ziffer 1: Vor ungefähr fünf Jahren verpflichteten wir die Restmittel aus dem Investitionsspitzenfonds für die Strassenprojekte im Oberaargau und in Burgdorf. Es vergingen fünf Jahre. Einiges wurde realisiert, anderes geriet ins Stocken. Gleichzeitig stieg der generelle Investitionsbedarf, und wir kämpfen heute um die Finanzierung der diversen Projekte. Es ist also Zeit für eine Neubeurteilung und, bei Bedarf, auch für eine Neuverpflichtung der vorhandenen Mittel. Mit Ziffer 1 wird der Regierungsrat beauftragt, uns zu ermöglichen, eine Neuverpflichtung der noch vorhandenen Fondsmittel vorzunehmen. Ich bin der Meinung, man sollte ohne Tabus und Scheuklappen vorgehen und die Mittel des Investitionsspitzenfonds in die nötige Priorisierung und Etappierung aufnehmen. Mit der Zustimmung zu Ziffer 1 der Motion ermöglichen Sie eine Neuverpflichtung der entsprechenden Mittel. Wenn wir diese Neuverpflichtung angehen, empfiehlt Ihnen die EVP in Ziffer 2, zu prüfen, ob die Mittel aktuell in Burgdorf besser in der Bildung als in der Strasse aufgehoben sind. Die Regierung hat noch keine Etappierung und Priorisierung der Vorhaben vorgelegt. Aber aus verschiedenen Gründen scheinen mir die Bildungsprojekte in Burgdorf schneller ausführungsfähig und zahlungspflichtig zu sein als die entsprechenden Strassenprojekte. Wir von der EVP empfehlen Ihnen also, hier so vorzugehen, dass die Bildungsprojekte nicht in den Rückstand geraten, und hier eine Neubeurteilung vorzunehmen. Wir bitten Sie deshalb, Ziffer 2 als Postulat anzunehmen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben es gehört. Der Motionär hat den Punkt 2 in ein Postulat gewandelt. Ich bitte Sie, das bei Ihren Voten zu berücksichtigen. Zuerst für die EDU-Fraktion, Ernst Tanner.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Neuverpflichtung der Mittel aus dem Investitionsfonds. Vor fünf Jahren haben wir hier im Rat beschlossen, dass alle Restmittel des Investitionsspitzenfonds Ende 2022 für beide Projekte, Verkehrssanierung Aarwangen-Langenthal und Burgdorf-Oberburg-Hasle, reserviert werden. Der Motionär fordert jetzt in Punkt 1, dass eine Neuverpflichtung der Restmittel vorgenommen wird, und in Punkt 2, dass mindestens 50 Prozent der Summe dem Strassenprojekt

Burgdorf abgezwickelt und dieser Betrag dem Campus Burgdorf zugeteilt wird. Lieber Hans Kipfer, die EDU-Fraktion will dein Angebot nicht unterstützen. Im September 2016 stimmten wir hier in diesem Saal dem Projektierungskredit deutlich zu. Die 77 Mio. Franken Bundesgelder, die uns in Aussicht gestellt werden, wollen wir nicht mit einer Umverteilung gefährden. Es ist sehr wichtig, dass das Projekt Emmental jetzt nicht auf Eis gelegt und weiter verzögert wird. Das Gewerbe und ein grosser Teil der Bevölkerung im mittleren und Oberen Emmental würden das nicht begreifen. Wir lehnen deshalb die Motion in Punkt 1 ab. Den Punkt 2 lehnen wir auch als Postulat ab.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Ich kann es vorwegnehmen: Die FDP-Fraktion wird diesen Vorstoss in beiden Punkten ablehnen, sei er jetzt ein Postulat oder eine Motion. Das Bundesparlament hat im November letzten Jahres beträchtliche Mittel für die Agglomerationsprogramme von Burgdorf gesprochen. Weitere Beträge, in der Grössenordnung von 77 Mio. Franken, stellten sie vor allem für die Umfahrung Oberburg in Aussicht. Das Bundesparlament hat diese Bundesgelder für die Umfahrung Oberburg insbesondere auch deshalb gesprochen, weil dieses Projekt für den Kanton Bern eine sehr grosse Bedeutung hat und die Finanzierung mit den Restmitteln aus dem Investitionsspitzenfonds eben gesichert ist. Der Grosse Rat fällte 2015 klar einen Entscheid für die Verwendung dieser Restmittel. Die Restmittel wurden bewusst für diese beiden Verkehrsprojekte eingesetzt. Beide Projekte, also Burgdorf-Oberburg-Hasle und Aarwangen, sind planerisch auf Kurs und strategisch nach wie vor von grosser Bedeutung. Wenn man jetzt eine Änderung in diesem Investitionsspitzenfonds vornehmen würde, würden ganz viele Planungsinvestitionen auf einen Schlag vernichtet. Abgesehen davon, hat man damals in keiner Art und Weise von einer Aufteilung fünfzig zu fünfzig gesprochen. Man wollte diese beiden Projekte ganz bewusst nicht gegeneinander ausspielen. Und, Hans Kipfer, ich bin nicht sicher, ob der Campus eher kommt als die Verkehrssanierung. Der Campus Burgdorf hängt ja davon ab, dass zuerst der Campus Biel gebaut wird und die Fachhochschule von Burgdorf nach Biel zügeln kann. Wir wissen alle, dass wir in Biel eine Verzögerung erfahren haben. Ich bin also nicht sicher, ob wir mit dem Campus Burgdorf wirklich schneller sind als mit der Verkehrssanierung. Für die FDP ist dieser Vorstoss ein Frontalangriff gegen die beiden Verkehrssanierungen. Wir können das nicht unterstützen und werden Punkt 1 als Motion und Punkt 2 als Postulat ablehnen.

Willy Marti, Kallnach (SVP). Ich kann Ihnen sagen: Unsere Fraktion stand gerade auch in dieser Session nicht immer so einheitlich da, wie bei dieser Motion. Wir sind der gleichen Meinung wie der Regierungsrat und ganz klar dagegen. Das Postulat haben wir gar nicht besprochen. Aber die Fraktion wird gleich handeln. Wenn etwas nicht so genau stimmt bei dem, was der Regierungsrat sagt, es seien beide auf Kurs, haben wir den Eindruck, eigentlich sei gerade das Projekt, welches begünstigt werden soll, wegen Biel mit der Marschtabelle in Gefahr, wie Peter Sommer vorhin gesagt hat. Aber wir sind der Meinung, hier gehe es nicht darum, irgendetwas zu pushen. Hier geht es darum, etwas verhindern zu wollen. Man will bloss nicht klar hinstehen. Aber es geht doch nur darum, die Umfahrung wieder zu verzögern, die seit Generationen, wirklich fast seit Generationen, von den Ortsansässigen verlangt und auch erwartet wird. Wir sind ganz klar gegen irgendeine Verschiebung. Wir wollen jetzt tun, was längstens fällig ist. Wir wollen keine Gelder herumschieben, die mit so deutlicher Mehrheit zweckbestimmt wurden. Wir lehnen alles einstimmig ab.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Der Vorstoss hat natürlich etwas Verlockendes. Wir hatten immer das Credo «Bildung statt Beton». Aber hier, wenn man sich die ganze Vorgeschichte anschaut, muss man doch ein wenig differenzieren. Wir wissen, dass das Geld, das wir für Investitionen haben, nicht für alles reicht. Wir müssen die Investitionen priorisieren. Aber diese Prioritäten werden unterschiedlich festgelegt, auch hier im Saal. Das haben wir schon mehrmals bei verschiedenen Vorhaben und bei verschiedenen Projekten feststellen können. Hier ist es aber so, dass die Gelder aus dem Investitionsfonds gesprochen wurden und vorgesehen sind. Jetzt, bei laufendem Spiel, die Regeln zu ändern, wäre sicher nicht korrekt. Die Planungen laufen, sowohl für die Zufahrt Emmental wie auch für die Zufahrt Oberrargau. Wenn man bei einem Projekt eine Bremse einbaut und einen Teil der Gelder umleitet, die für dieses Projekt reserviert sind, wäre das ungerecht. Vor allem hätte man von der Bevölkerung, die davon betroffen ist, ein Misstrauen. Die Gespräche zwischen der Regierung, dem Präsidenten der FiKo und dem Präsidenten der BaK laufen. Wir werden in der FiKo laufend informiert. Sie sind auf gutem Weg. Wir werden unter dem Traktandum 56 (M 267-2019) noch einmal über diese Finanzierungen sprechen. Wir lehnen diese Motion ab. Auch dass der Punkt 2 in ein Postulat gewandelt wurde, macht das Ganze nicht besser. Die BDP-Fraktion lehnt die Motion und das Postulat einstimmig ab.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp). Auch uns ging es so, dass wir überrascht waren, dass dieses Geschäft nicht der FIN zugeteilt wurde, sondern der Baudirektion. Es ist wohl bezeichnet, dass jetzt sehr viele FiKo-Mitglieder das Wort ergreifen. Es ist wieder einmal ein Vorstoss, der in Zusammenhang mit der Investitionsplanung und der Priorisierung steht. Es ist zwar so, dass man inzwischen nicht sagen kann, dass der Regierungsrat untätig ist, sondern er ist an der Arbeit und versucht, zu priorisieren. Zumindest gibt es Tätigkeiten. Aber wir sind sicher nicht dort, wo wir eigentlich sein möchten, nämlich, dass wir eine klare Priorisierung haben. Von daher ist es verständlich, dass Grossrat Kipfer oder die EVP wegen des absehbaren Finanzierungsengpasses Vorschläge für die Priorisierung machen und das Parlament die Verantwortung bei dieser Priorisierung übernimmt. Für uns ist klar: Bildung vor Strasse. Oder in diesem Fall: Campus vor Umfahrung. Diese wurde von vielen Grossrätinnen und Grossräten abgelehnt, von uns sowieso. Wir stimmen dem Vorstoss in beiden Punkten zu. Wir hätten den Punkt 2 auch als Motion überwiesen, als Postulat sowieso.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Der Schriftsteller Robert Musil hat einmal gesagt: «Wenn man [Menschen] neu denken lehren könnte, würden sie anders leben.» Es ist eine bemerkenswerte Aussage. Sie gefällt mir, weil sie auf die Spuren und Grenzen verweist, die unser Denken bestimmen und begrenzen. Bei diesem Vorstoss der EVP-Fraktion geht es genau darum: etwas neu zu denken. Der Vorstoss will provozieren. Dazu stehe ich. Er will provozieren, einen gefällten Entscheid zu überdenken, noch einmal neu zu denken. Ein Fraktionsvorstoss ist eher ein Denkanstoss, wie Hans Kipfer ausgeführt hat, denn strategisches und taktisches Kalkül. Oder andersrum formuliert: Der Vorstoss richtet sich auch gegen Denkverbote.

Der erste Punkt der Motion bildet den eigentlichen Kern des Vorstosses. Den zweiten haben wir ja als Postulat abgeschwächt. Er will die einmal beschlossene Reservation der Restmittel des Investitionsspitzenfonds aufheben. Dies vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden Wettstreits der Projekte um die begrenzten Investitionsmittel des Kantons. Daran wird auch der vielfach erwähnte Dialog zwischen der Regierung und einzelnen Kommissionspräsidenten – im Moment noch eine verborgene Mischung aus einer halbinstitutionellen Gruppentherapie und einem Beruhigungsmittel sozusagen – vorerst noch gar nichts ändern. Die Investitionsspitze bleibt. Sie ist nach wie vor da. Die ersten Vorstösse aus den Regionen, die eine rasche Finanzierung von dringend notwendigen Projekten fordern, stehen bereits auf der Traktandenliste. Ich erwähne stellvertretend das Traktandum 41, mit dem Titel «Sanierung und Erweiterung des Bildungszentrums Langenthal jetzt realisieren!» (*M 199-2019*). Ich schaue dabei im Saal nach rechts. Was wir fordern, ist ein mentales Rückkommen, und dabei wende ich mich auch an die neuen Mitglieder des Rates und vielleicht auch an Teile der Sozialdemokratie, um unvoreingenommen über die Verwendung der Mittel neu nachzudenken. Andernfalls realisieren wir für prognostizierte 418 Mio. Franken betonierte Tatsachen, um damit zwei bis drei regionale Hotspots kurzfristig zu behandeln. Mit einem Rezept, aus der Ingenieuroptik des letzten Jahrhunderts geboren, mit einem Verfahren, das darauf konditioniert wurde, neue Entlastungsbauten für wachsende Bedürfnisse bereit zu stellen. Als ob es sich um eine höhere Gesetzmässigkeit handeln würde. Wie wenn ein Fluss jedes Jahr mehr Wasser bringen würde.

Ich komme zum zweiten Punkt des Vorstosses. Er wurde in ein Postulat gewandelt. Er enthält gewissermassen augenzwinkernd einen symbolischen Link zu einem möglichen neuen Verwendungszweck, frei aus der Rubrik «Bildung statt Beton». Noch einmal: Der Kern des Vorstosses liegt im ersten Punkt. Bitte helfen Sie mit, die Verwendung der Investitionsmittel aus einem breiteren Blickwinkel neu anzuschauen und neu zu denken.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich kann mich inhaltlich weitestgehend meinem Vorredner, Kollege Aeschlimann, anschliessen. Denn er sagt das, was ich gerne sagen möchte. Für die Fraktion Grüne ist dieses Anliegen natürlich ein wichtiges und richtiges Anliegen, und wir nehmen gerne Stellung dazu. Wir haben eine grosse Sympathie dafür. Als Postulat sind wir unumstritten dafür. Punkt 1 als Motion: Da sind wahrscheinlich nicht ganz alle von der Fraktion dabei, aber doch ein grosser Teil. Ich glaube, es hat sich seit dem Jahr 2015 etwas geändert. Wir haben hier viel über den «Investitionsbug», die «Investitionswelle», die uns bevorsteht, gesprochen. Das ist die eine Diskussion. Aber die andere Diskussion, die bisher noch nicht erwähnt wurde, die aber genauso wichtig ist, ist die Klimathematik. Die Frage ist: Es hat sich seit 2015 gezeigt, dass wir uns nicht alle Investitionen leisten können. Wir haben nicht die Mittel, um alles gleichzeitig zu machen. Das heisst, wir müssen Priorisierungen machen. Und wir haben ganz klar den Auftrag, unsere Politik klimapolitisch anderes und neu auszurichten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere Sie

daran, dass wir hier im Saal im letzten Sommer gesagt haben: «Das Klima ist eine absolut zentrale Frage.» Wir werden in den nächsten Monaten noch verschiedentlich darüber diskutieren, was das heisst. Es ist wohl so klar wie das Amen in der Kirche, in der ich zwar nicht so häufig bin, aber es ist jedenfalls so klar wie das Amen in der Kirche: Man kann nicht Ja zur Klimapolitik sagen und beim Verkehr einfach den Status quo weiterverfolgen. Liebe Kolleginnen, das geht nicht! Der Verkehr ist Emittent eines Drittels der CO₂-Belastung in diesem Kanton, und man wird zwangsläufig bei dem Teil des motorisierten Individualverkehrs, der CO₂ ausstösst, Änderungen machen müssen. Deshalb bin ich sehr froh über diesen Vorstoss. Denn er sagt eigentlich genau das: Wir machen kein Denkverbot. Wir verteidigen nicht einfach gehauen wie gestochen, was wir einmal entschieden haben, sondern sind durchaus bereit, eine Gesamtschau zu machen und noch einmal zu überlegen, ob richtig war, was man damals, 2015, beschloss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen hier über 282 Mio. Franken. Das ist eine Viertelmilliarde. Das ist sehr viel, auch wenn wir unser Investitionsvolumen anschauen. Auf der anderen Seite haben wir die Verkehrssanierung, wie sie bereits heisst. Eigentlich ist es ein Ausbau, ein Volumenausbau. Man kann es nicht anders formulieren. Mehr Verkehr heisst mehr CO₂, da gibt es keine andere Interpretation. Es sind 400 Mio. Franken, also fast eine halbe Milliarde, die das kostet. Ich erinnere daran, dass der Regierungsrat auf Seite 2 selbst sagt, es wird noch ordentliche Mittel brauchen. Allen, die sagen, der Bund rette uns, muss ich sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das stimmt nicht. Der Bund zahlt einfach einen kleinen Beitrag. Vielleicht. Aber wir werden hier auf jeden Fall neben den verwendeten, angeblich bereits verkauften Millionen, noch andere Gelder aus den freien Investitionsmitteln brauchen. Ich glaube, was wir uns jetzt realistisch vor Augen führen müssen ist, dass wir diese Diskussion noch einmal führen werden müssen. Ob man jetzt hier Ja sagt oder Nein – ich stimme natürlich Ja –, werden wir diese Diskussion führen. Auch wenn diese Mittel verpflichtet sind, heisst das nicht, dass wir bei der Frage der Ausführungskredite – das ist der Moment, in dem das Geld wirklich gesprochen wird – nicht noch einmal die Handhabe haben, das zu überlegen. Das spricht aber nicht gegen diesen Vorstoss, im Gegenteil. Denn je früher wir diese Diskussion beginnen, desto sicherer ist es. Für die Fraktion Grüne ist wichtig: Es gilt Bildung statt Beton, es gilt aber auch: Bildung vor CO₂. Aus beiden Aspekten heraus ist dieser Vorstoss richtig und wichtig. Führen wir diese Diskussion jetzt! Wir werden sie in den nächsten Monaten noch verschiedentlich führen. Was sind die Prioritäten? Welches sind für diesen Kanton sinnvolle Investitionen? – Für uns ist klar: Man kann die Diskussion über Investitionen nicht ohne die Klimathematik führen. Deshalb ist es richtig und wichtig, bereits jetzt darüber zu diskutieren.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Als letzter Fraktionssprecher, Grossrat Müller für die SP-JUSO-PSA.

Reto Müller, Langenthal (SP). Die Fraktion SP-JUSO-PSA ist in der Sache Vorstoss von Grossrat Kipfer uneins. Es ist jetzt eine Finanzpriorisierungsdiskussion entstanden und keine Bauprojektdiskussion. Eine Mehrheit befürwortet den Vorstoss nach dem Grundsatz: Lieber Geld in die Bildung, als für Strassen. Das haben wir jetzt schon mehrfach gehört. Eine Minderheit möchte die bisher gefällten Beschlüsse nicht wiedererwägen. Dies auch aus dem grundsätzlichen staatspolitischen Verständnis, dass auf Beschlüsse von politischen Gremien Verlass sein soll. Das Hohelied der Verlässlichkeit des Kantons als Partner wurde heute ja bereits gesungen. Man darf bei diesen Projekten berechtigterweise auch fragen, ob man jetzt effektiv bereits zwischen Wirtschaftsangelegenheiten und Bildungsangelegenheiten priorisieren muss oder beginnen muss, diese gegeneinander auszuspielen. Wir können die Absichten des Vorstosses nachvollziehen. Er wurde damals eingereicht, als die Regierung drohte, der Campus Burgdorf werde scheitern, wenn der neue Investitionsspitzenfonds abgelehnt werde. Wie aber viele Vorrednerinnen und Vorredner bereits sagten: Mittlerweile ist man etwas weiter. Man ist zumindest in einen Dialog getreten. Die Projekte sind auf Kurs, sowohl im Oberaargau als auch beide Projekte im Raum Burgdorf. Die Frage der Notwendigkeit der Motion und der Neuverteilung und einer Wiedererwägung des 2015 deutlich gefällten Beschlusses stellt sich effektiv. Wie aber erwähnt, unterstützt eine Mehrheit der SP-JUSO-PSA den Vorstoss etwas begeisterter als der Sprecher hier – mehr Bildung, weniger Beton.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Als Erste, Grossrätin Andrea Gschwend.

Andrea Gschwend-Pieren, Kaltacker (SVP). Ich möchte bloss Natalie Imboden kurz daran erinnern, dass die Investition in die Verkehrssanierung Emmental nicht eine Investition in den Auto-

verkehr, in das so böse CO₂ ist, sondern es ist auch eine Investition in den Langsamverkehr. Es dient auch für mehr Sicherheit der Fussgänger. Es dient für mehr Sicherheit der Velofahrer. Es ist eine Investition für alle, und nicht nur für die Autofahrerinnen und Autofahrer. Bitte nehmen Sie das auch zur Kenntnis.

Michael Ritter, Burgdorf (glp). Ich fasse mich ganz kurz und sage auch nur etwas zu Punkt 2. Ich lehne mich etwas an die Wortwahl von Herrn Grossrat Müller an, Stadtpräsident von Langenthal: Ich bin etwas weniger begeistert von diesem Punkt 2 als andere. Aus meiner Sicht tönt die Frage «Bildung oder Beton?» einfach wahnsinnig gut, aber sie bringt regionalpolitisch und für den Kanton eine Front, in der auch eine gewisse Polemik und Sinnlosigkeit ist. Ich selber kann mit dem Punkt 2 wirklich nicht so viel anfangen. Ich setze auch kein falsches Zeichen. Es wurde in ein Postulat umgewandelt, was, wenn man den Text anschaut, interessant ist. Ich werde mich enthalten. Wir müssen hier doch nicht über Bildung oder Beton abstimmen! Ich kann mich dieser Frontlinie auch einfach einmal verweigern, und das wollte ich Ihnen sagen.

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Ich bin kurz das Gedächtnis dieses Grossen Rates. Ich persönlich lehne diese Motion beziehungsweise dieses Postulat selbstverständlich ab. Wir sind hier wieder in der Zwickmühle der Fonds. Selbstverständlich haben die meisten hier im Rat schon vergessen, weshalb wir es damals überhaupt so gemacht haben. Ein Teil war noch gar nicht da. Ich erinnere Sie einfach dran: Wir hatten den Investitionsspitzenfonds, den wir nicht geleert hatten. Es drohte – für die meisten hier im Saal –, dass es in die Rechnung kommt und zum Schuldenabbau verwendet werden muss. Dann hat man eine Lösung gesucht, damit man diese Gelder restverpflichten kann und sie nicht in die Rechnung fliessen müssen. Dann war natürlich klar, dass man schaute, welche Projekte Mehrheiten finden könnten und wo grosse Löcher bestehen. Man wusste bei den Verkehrsprojekten natürlich, dass wir Bürgerlichen dies unterstützen werden – das war clever –, dass man uns auf seine Seite bringt und dass wir dort auch die grosse Menge an Geldern brauchen. So konnten wir den Fonds so umlagern beziehungsweise restverpflichten, dass er eben nicht in den Schuldenabbau musste. Denn sonst wäre das passiert. Jetzt hat man das gemacht, und es sind ein, zwei Jahre vergangen. Dann versucht man natürlich, diese Gelder wieder anders zu platzieren. Denn, wie gesagt, wenn man das damals nicht gemacht hätte, müsste man schon lange nicht mehr diskutieren. Denn dann wären sie nämlich schon lange für den Schuldenabbau verwendet worden. Als Letztes kann ich sagen: Ich glaube, wir haben wohlwissend die ganze Fondsgeschichte letztes Mal beendet. Sie sehen, diese Fonds sind grundsätzlich keine gute Geschichte. Man muss sie immer weiter und weiter verpflichten, beziehungsweise das grösste Problem ist immer, diese Fonds aufzulösen. Deshalb ist für mich klar: Wir ziehen das jetzt so durch, wie wir es vereinbart haben. Lehnen Sie sowohl die Motion als auch das Postulat ab.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Der Motionär möchte nach dem Regierungsrat sprechen. Ich gebe Christoph Neuhaus das Wort.

Christoph Neuhaus, Bau- und Verkehrsdirektor. Es wurde bereits gesagt: Im November 2019 hat das Bundesparlament die Mittel für das Agglomerationsprogramm Burgdorf gesprochen. 15 Mio. Franken, die definitiv in die Ortssanierung Burgdorf gehen, sowie weitere 77 Mio. Franken für die Umfahrung Burgdorf im Grundsatz. Das aber unter der Bedingung, dass das Projekt erstens die erforderliche Baureife hat, zweitens die weiteren Projektphasen ohne Bundesgelder nicht möglich wären, und drittens aus den Verpflichtungskrediten aus den Agglomerationsprogrammen der ersten bis dritten Generation noch genügend Mittel aus dem NAF verfügbar sind. Der NAF ist der Bundesfonds für Nationalstrassen und Agglomerationsgelder. Diese Bedingungen sind aus heutiger Sicht problemlos erfüllt. Das Projekt Verkehrssanierung Burgdorf-Oberburg-Hasle ist auf Kurs. Die Planauflage erfolgt dieses Jahr. Der Baubeginn ist für 2022 vorgesehen. Im Investitionsspitzenfonds sind knapp 300 Mio. Franken für die Verkehrssanierungen Emmental und Oberrhein reserviert. Zusammen mit den Bundesgeldern ist die Finanzierung auf sehr gutem Weg. Es gibt keinen Grund, jetzt auf ein einzelnes Projekt zu schießen.

Wenn der Grosse Rat jetzt eine Neuverpflichtung beim Investitionsspitzenfonds beschliessen würde, wenn er weniger Mittel für die Verkehrssanierung Emmental sprechen würde, dann ist ganz klar: Die Finanzierung für dieses für das Emmental wichtige Projekt wäre wieder offen. Der Bund hat seine 77 Mio. Franken an die Umfahrung Oberburg vor allem deshalb gesprochen, weil der Kanton einen gewichtigen Teil seiner Gelder im Fonds reserviert hat. Eine Neuverpflichtung dieser Fonds-

gelder wäre ein sehr ungünstiges Signal gegenüber dem Bund. Ich kann nicht ausschliessen, dass die Bundesparlamentarier auf den Grundsatzentscheid zu den 77 Mio. Franken Bundesbeiträgen für die Umfahrung Oberburg zurückkommen würden. Wir hatten ja Wahlen, und das Parlament hat gewechselt. Dann hätten wir nicht ein mentales Rückkommen, sondern ein willkürliches Harakiri. Dieses Risiko will der Regierungsrat nicht eingehen. Sie hoffentlich auch nicht, liebe Grossrätinnen und Grossräte. Deshalb bin ich froh, wenn Sie diese Motion deutlich ablehnen, wenn Sie ein klares Signal aussenden, dass Sie nicht gegen das Emmental sind, dass Sie für den Kanton Bern die Verkehrssanierung Emmental befürworten, dass es ein wichtiges Projekt ist, das man realisieren will, und dass man diese Bundesbeiträge eben hier erwartet.

Noch kurz zum Campus Burgdorf: Die Projektierung wurde 2019 genehmigt. Sie ist gut unterwegs. Das Projekt ist im Grundsatz unbestritten, und ich bin zuversichtlich, dass wir auch hier die Finanzierung hinkriegen. Ich bitte Sie, diese Motion wuchtig abzulehnen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Das Wort hat noch einmal der Motionär, Grossrat Hans Kipfer.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Es ist in der Tat so, wie verschiedene Redner gesagt haben. Es gibt viel Bewegung bei diesen Geschäften. Es hat sich einiges entwickelt, seit wir den Vorstoss eingegeben haben. Es entwickelt sich immer wieder etwas, sei es beim Bildungsprojekt, bei dem verschiedene Dinge anstehen, aber auch beim Strassenprojekt. Es ist nicht so, dass alles wie durch Butter geht. Man kann jetzt auch etwas schönreden, was vonseiten des Bundes her geht. Es ist ganz klar, dass das Strassenprojekt Burgdorf hintanstehen muss, dass es noch gewisse Auflagen gibt. Es gibt in diesen Geschäften sehr viel Bewegung. Das ist genau ein Grund, weshalb wir sagen, man muss das neu denken, man muss noch einmal hinschauen und die Situation neu beurteilen. Was passiert, wenn wir Punkt 1 annehmen? – Dann ist der Regierungsrat gefordert, uns eine Vorlage zu bringen, aufgrund derer wir fähig sind, die Möglichkeit haben, eine Neuverpflichtung vorzunehmen. Wir entscheiden heute noch nicht, wie wir diese Neuverpflichtung vornehmen, sondern er gibt uns das Werkzeug, oder wir schaffen auch für den Regierungsrat das Werkzeug, um für uns eine Priorisierung zu machen, eine Vorgehensweise festzulegen, wie wir mit diesen verschiedensten Investitionen umgehen wollen, die jetzt anstehen. Was ist wann an der Reihe? Was muss wann wie finanziert werden? – Mit der Annahme von Punkt 1 beauftragen wir den Regierungsrat, uns eine Vorlage zu bringen, damit wir entsprechend der Sichtweise, die zu diesem Zeitpunkt vorliegen wird, handeln können. In diesem Sinn möchte ich Ihnen sehr beliebt machen, den Punkt 1 als Motion anzunehmen, sodass wir in der ganzen Frage, wie wir mit der Finanzierung unserer anstehenden Investitionen umgehen, ein zusätzliches Werkzeug haben. Der Punkt 2 ist eine Empfehlung vonseiten der EVP, in welche Richtung man gehen kann, wenn man das will. Wenn der Punkt 1 nicht angenommen wird, fällt der Punkt 2 weg. In diesem Sinne bitte ich Sie sehr, den Anträgen so zuzustimmen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Der Motionär hat es gerade noch einmal gesagt: Wenn der Punkt 1 abgelehnt wird, ist der Punkt 2 hinfällig, weil dann das Geschäft nicht mehr offen ist. Damit würde auch eine Abstimmung über den postulierten Punkt nicht durchgeführt. Punkt 1 als Motion: Wir kommen zur Beschlussfassung. Wer diesen annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.337; Ziff. 1)

Vote (2019.RRGR.337 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 49

Nein / Non 92

Enthalten / Abstentions 3

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben diesen Punkt abgelehnt, mit 92 Nein-gegen 49 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen. Wie wir eben gesagt haben, fällt jetzt die Abstimmung zu Punkt 2 weg.